



Arbeit und Depression: In den Sozialwissenschaften findet eine intensive Debatte zu psychosozialen Risiken in der Arbeitswelt statt. Mittlerweile ist das Thema auch in der Politik angekommen. Von Christina Meyn

**Locker lassen**

Maßnahmen gegen Pandemie: Auch größere Läden dürfen öffnen. Kontaktbeschränkungen bis Juni

**2**

**Linke obsiegen**

Kampf gegen Covid-19: Indischer Bundesstaat Kerala hat das beste Gesundheitssystem im Land

**3**

**Lenin ehren**

Ein unverzichtbares Buch über die letzten Denkmäler des Revolutionärs in Deutschland

**10**

**Lügen funkeln**

1945: Europa feierte bereits Befreiung, die Nazis konnten in Flensburg weiter Radio machen

**15**

# Dem Virus ausgeliefert

Unter Flüchtlingen breitet sich Covid-19 rasant aus. Gerichtsurteile ermöglichen Verlassen von Massenunterkünften. **Von Ulla Jelpke**

**B**und und Länder wollen trotz der Lockerung von Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie weiterhin strenge Hygiene- und Abstandsregeln durchsetzen. In Flüchtlingslagern kann die geforderte räumliche Distanz jedoch von vornherein nicht eingehalten werden. Seit Wochen warnen Flüchtlingsorganisationen vor den Gefahren der zentralen Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften. Mehrfach sind sie und ihre Unterstützer auch auf die Straße gegangen, um einen besseren Schutz zu fordern. Mittlerweile haben zwar alle Bundesländer Konzepte erarbeitet, mittels derer eine Ausbreitung des Coronavirus in Lagern für Geflüchtete verhindert werden soll. Doch in der Praxis sind Hygiene- und Abstandsregeln in den Sammelunterkünften vielfach nicht einzuhalten, oft kommen Maßnahmen schlicht zu spät. Bundesweit haben sich bereits Hunderte Asylsuchende mit dem Coronavirus infiziert. Der bayerische Flüchtlingsrat kritisiert daher, dass seitens der Behörden eine »Durchsuchung« der Bewohner von Flüchtlingsunterkünften billigend in Kauf genommen werde.

Nachdem Anfang April der erste Covid-19-Fall in der Landeserstaufnahmestelle im baden-württembergischen Ellwangen gemeldet worden war, haben sich innerhalb kurzer Zeit mehr als die Hälfte der insgesamt 580 Bewohner mit dem Virus infiziert. Wie die Initiative »Refugees 4 Refugees« berichtet, wurde der Quarantänebereich aufgelöst und die gesamte Unterkunft abgeriegelt. Für die noch nicht infizierten Geflüchteten gibt es keinen Schutz.

Der Fall Ellwangen steht exemplarisch für die Ausbreitung der Pandemie in Sammelunterkünften. Bundesweit



**Kaum Zugang zu Informationen und Schutzmaterialien: Flüchtlingsunterkunft in Hamburg**

sind bereits die Bewohner Dutzender Unterkünfte von der Außenwelt abgeschnitten. Vielerorts mangelt es an Zugang zu verlässlichen Informationen, zum Internet und zu Desinfektionsmitteln. In der Zentralen Anlaufstelle für Asylsuchende in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) sind Bewohner Anfang April in einen Hungerstreik getreten, nachdem die Unterkunft Ende März unter Quarantäne gestellt wurde. 120 Bewohner wurden seither positiv auf das Coronavirus getestet. Die Streikenden fordern dezentrale Unterbringung, effektiven Infektionsschutz sowie mehrsprachige Informationen und verbesserte Versorgung mit Hygieneartikeln und Essen.

In Bayern gab es bereits erste Todesopfer unter Geflüchteten. Am 20. April verstarb ein armenischer Flüchtling, der zuvor im »Anker-Zentrum« Geldersheim bei Schweinfurt lebte, an Covid-19. Der mehrfach vorerkrankte 60-jährige wurde trotz seiner Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe nicht aus der Unterkunft geholt, sondern lediglich im Mehrbettzimmer eines gesonderten Gebäudes untergebracht. Am 26. April starb ein weiterer Geflüchteter in einer Münchener Klinik an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung.

Infolge ihres Widerstands gegen die gesundheitsgefährdende Art der Unterbringung konnten derweil vier

Geflüchtete in Sachsen die Erstaufnahmeeinrichtungen verlassen – auf gerichtliche Anordnung. Die Verwaltungsgerichte in Leipzig, Dresden und Chemnitz entschieden Ende April im Eilverfahren, dass Menschen nicht verpflichtet werden dürfen, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, wenn der behördlich verlangte Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen den Bewohnern nicht eingehalten werden kann. Der sächsische Flüchtlingsrat bezeichnet die Entscheidung als »unglaublichen Erfolg« und fordert nun eine weitgehende politische Lösung.

■ Siehe Seite 2

## USA: Streit um Corona-Taskforce

Nach Kritik hält Trump an Arbeitsgruppe für Pandemie fest. Zahl der Toten steigt nach wie vor

**D**ie US-Regierung will anscheinend doch an der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus festhalten. US-Präsident Donald Trump schrieb am Mittwoch auf Twitter, sie werde auf unbestimmte Zeit weiterarbeiten, es könne aber Änderungen in der Besetzung geben. Der Fokus werde auf der »Sicherheit und der Wiedereröffnung unseres Landes« liegen.

Zweck der Arbeitsgruppe (Taskforce) ist es unter anderem, die nötigen Behörden der Regierung zu mo-

bilisieren und die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus zu koordinieren. Am Dienstag noch hatte Vizepräsident Michael Pence erklärt, es werde überlegt, die Gruppe Ende Mai oder Anfang Juni aufzulösen. Das sei ein Zeichen des »enormen Fortschritts« im Kampf gegen das Virus. Es bedeute gleichzeitig eine Rückkehr zu einem »traditionelleren« Krisenmanagement, so Pence.

Trump hatte die Angaben seines Stellvertreters an dem Tag bestätigt und gesagt, es müsse eine neue »Phase« beginnen. Bei einem Besuch im

südwestlichen Bundesstaat Arizona sagte der Präsident, die Menschen in den USA seien »Kämpfer« und wollten zurück an die Arbeit gehen. Es sei an der Zeit, in die Zukunft zu blicken. »Ich will ein Cheerleader sein«, so Trump. Das Land könne »nicht für die nächsten fünf Jahre geschlossen gehalten« werden. Dies gelte trotz der Tatsache, dass die Öffnung der Wirtschaft »einige Menschen heftig treffen« werde. Es sei »möglich«, dass eine schnelle Rückkehr zur Normalität zum Verlust von Menschenleben führen könne, sagte Trump im Sender ABC.

Die Ankündigung zur Auflösung der Taskforce hatte für Erstaunen gesorgt. Die USA sind mit mehr als 1,2 Millionen bestätigten Infektionen und mehr als 71.000 Toten das am härtesten von der Coronapandemie betroffene Land der Welt. Zudem steigen die Zahlen weiter deutlich an – am Dienstag wurden weitere 2.333 Todesfälle binnen 24 Stunden gezählt. Experten haben vor einem neuen Anstieg der Infektionen gewarnt, sollten die Einschränkungen zu rasch gelockert werden.

(AFP/dpa/jw)

### Angriff auf Stromnetz in Venezuela

**Caracas.** In Venezuela ist es zu einem Angriff auf das Stromnetz gekommen. Wie Vizepräsidentin Delcy Rodríguez am Dienstag (Ortszeit) im Fernsehen mitteilte, seien wenige Stunden nach dem am Montag verhinderten Invasionsversuch Sabotageakte an Fernleitungen verübt worden. Für den Anschlag machte Rodríguez »terroristische Gruppen« verantwortlich.

Unterdessen wies die US-Regierung jegliche Verwicklung in die Invasionsversuche in Venezuela von sich. Am Dienstag erklärte Präsident Donald Trump: »Es hat nichts mit unserer Regierung zu tun«. Am Sonntag und am Montag waren bei Anlandungsversuchen von Söldnern an der Nordküste Venezuelas acht Menschen getötet und 15 Personen festgenommen worden, unter ihnen US-Amerikaner. (PL/AFP/jw)

### Bundeswehr-Mandat in Mali soll erweitert werden

**Berlin.** Die Bundesregierung hat die Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali beschlossen. Das Kabinett verabschiedete am Mittwoch ein neues Mandat für die Beteiligung an der multinationalen Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mali (EUTM). Es sieht eine Entsendung von bis zu 450 Soldaten in das westafrikanische Land vor – 100 mehr als bisher. Sie sollen die mali-schen Streitkräfte im Einsatz »näher begleiten« und ein Ausbildungszentrum in Zentralmali aufbauen. Die Beteiligung an der Mission »Minusma« der Vereinten Nationen im Land soll weitgehend unverändert mit bis zu 1.100 Soldaten fortgesetzt werden. Die Bundesregierung will zudem einheimische Streitkräfte in der Sahelregion »militärisch ertüchtigen«. Die Mandate, denen der Bundestag noch zustimmen muss, sind bis zum 31. Mai 2021 datiert. (dpa/jw)

■ Siehe Kommentar Seite 8

**Hinweis für unsere Berliner Leser:**

**Der 8. Mai, der Tag der Befreiung, ist in Berlin ein Feiertag.** Deshalb erfolgt die Zustellung der Ausgabe vom Freitag in der Hauptstadt erst im Verlauf des Sonnabends, 9. Mai, mit der Deutschen Post. Die Ausgabe vom 8. Mai ist in Berlin nur bei ausgewählten Pressehändlern erhältlich. Alle Verkaufsstellen unter [www.jungewelt.de/kiosk](http://www.jungewelt.de/kiosk).

**jw** wird herausgegeben von 2.281 Genossinnen und Genossen (Stand 22.4.2020)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)





# »Sie behaupten, es gebe keine Alternativen«

Massenunterkünfte und fehlende Beratung: Staatliches Handeln trifft Geflüchtete in der Coronakrise besonders stark. **Gespräch mit Stephan Dünnwald**

**Auf Anweisung der Bayerischen Staatsregierung wurde ab Ende März der Zugang zur Sozialberatung für Asylsuchende in Geflüchtetenunterkünften eingeschränkt oder verweigert. Wie haben Sie davon erfahren?**

Die Regierung teilte in einem Rundschreiben mit: Alle regelmäßig anwesenden Organisationen haben weiterhin Zugang – nur die Wohlfahrtsverbände mit ihrer Sozialberatung nicht. Das führte zu Protesten. Einige Verbände erstritten sich das Recht, zumindest einige Stunden an manchen Tagen Beratungen durchführen zu können. Andere taten das nicht.



Stephan Dünnwald ist Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats

**Welche Folgen kann das Aussetzen der Sozialberatung haben?**

Diesen Montag endete ein Moratorium des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass negative Bescheide den Geflüchteten nicht zugestellt werden. Jetzt müssen Betroffene wieder damit rechnen, ablehnende Bescheide mit kurzfristigen Terminsetzungen zu erhalten. Dann müssen sie schnell reagieren, falls sie die Schreiben überhaupt verstehen können. In dieser Situation müssen die Sozialberaterinnen und -berater als einzige Vertrauenspersonen, die die Geflüchteten dort haben, wieder uneingeschränkt Zutritt erhalten. Bei ihnen treffen sie auf ein offenes Ohr für ihre Anliegen, ohne dass ihnen bestimmte Aussagen negativ ausgelegt werden – anders als oft bei der Verwaltung oder Sicherheitsdiensten.

**Wieso ist diese Beratungsarbeit nicht als »systemrelevant« eingestuft, während die sogenannten Sicherheitsdienste weiter in den Einrichtungen sind?**

Das bayerische Innenministerium wollte die Kontakte in den Unterkünften mit Verweis auf die Virusverbreitung auf das aus seiner Sicht Allernötigste reduzieren. Die Beratungen der Wohlfahrtsverbände schätzt die Staatsregierung wohl als überflüssig ein. Dabei machen sie dort die wichtigste Arbeit, weil sie Geflüchtete über ihre Rechte und die Regeln aufklären.

**In Sachsen wurden insgesamt vier Klagen von Geflüchteten gegen die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen von Verwaltungsgerichten beschieden. Ergebnis: Diese bieten keinen ausreichenden Schutz vor Infektionen. Besteht in den Massenunterkünften das**

**größte Gesundheitsrisiko?**

Davon sind wir überzeugt. Anders als in einer Wohngemeinschaft oder einer Wohnung gibt es dort Kantinen, die ebenso wie Duschen und Toiletten von einer großen Anzahl von Menschen genutzt werden. Sie haben zu Recht Angst davor, sich untereinander anzustecken oder davor, dass jemand Infektionen mit hineinbringt.

Die Sozialberatung ist auch deshalb wichtig, weil so unabhängig von der Verwaltung oder den Sicherheitsdiensten eine Erkrankung festgestellt und ein Klinikaufenthalt ermöglicht werden kann. Dass dies nicht rechtzeitig geschah, ist eventuell ursächlich dafür, dass in einer Münchner Unterkunft mittlerweile ein zweiter Geflüchteter verstorben ist.

**Die erfolgreichen Kläger aus Sachsen müssen in Wohnungen verlegt werden. Wieso hat das keine Konsequenzen für alle Geflüchteten, auch für die in Bayern?**

Die Behörden versuchen, Gerichtsentscheidungen dieser Art kleinzureden. Es handele sich um nicht auf die Allgemeinheit übertragbare Einzelfälle, heißt es dann. Vermutlich werden sie damit nicht durchkommen, sie spielen aber auf Zeit. In Bayern bereiten viele Anwältinnen und Anwälte entsprechende Klagen bereits vor. Nimmt deren Anzahl zu, werden die Innenministerien der Länder nicht umhinkommen, sich daran zu orientieren.

**Wie begründen die Verantwortlichen den Umstand, dass einerseits das Nichteinhalten des Abstandsgebots in Bayern als Ordnungswidrigkeit zu Geldbußen von 150 Euro führen kann, andererseits aber das Land die Gefährdung durch Enge den Geflüchteten zumutet?**

Diese Ungleichbehandlung kritisieren wir seit mehr als sechs Wochen. Allerdings geben sich der Staat und die jeweiligen Träger aus unerfindlichen Gründen zuversichtlich, den Coronaverordnungen gerecht zu werden, oder sie behaupten, es gebe keine Alternativen. Einfach einen Bauzaun um Unterkünfte herumzuziehen, statt die Situation für die Geflüchteten zu verbessern, ist einfach nur zynisch. Es gibt zur Zeit jede Menge leerstehende Schullandheime, Herbergen, Ferienwohnungen und Apartment-Hotels, die sich über eine Belegung freuen würden.

Interview: Gitta Düperthal



**»Entnazifizierung jetzt!«.** Mit einer Kundgebung vor der Berliner Außenstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat die Interventionistische Linke (IL) am Mittwoch zwei Tage vor dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ihre Kampagne »75 Jahre sind nicht genug – Entnazifizierung jetzt!« gestartet. Ziel der Aktiven ist es, politisch rechts motivierte Übergriffe und Vertuschungsaktionen in Polizei, Bundeswehr, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Justiz in Deutschland zu dokumentieren sowie Faschisten und deren Netzwerke aus den Sicherheitsbehörden zu entfernen. (IW)

## BRD lockert weitere Auflagen

Auch größere Läden dürfen öffnen. Kontaktbeschränkungen bis Juni

**B**und und Länder haben sich auf die Aufhebung weiterer pandemiebedingter Beschränkungen geeinigt. Begründet wird dies mit derzeit niedrigen Infektionszahlen für SARS-CoV-2. So sollen alle Geschäfte in der Bundesrepublik unabhängig von der Ladenfläche wieder öffnen dürfen, wie die *Deutsche Presseagentur* am Mittwoch berichtete. Demnach sind Vorgaben geplant, wie viele Kunden und Verkäufer sich im Laden aufhalten dürfen.

Die Auflagen sollen sich nach der Verkaufsfläche richten, um die Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus zu verringern. Für Gastronomiebetriebe beschloss die Bundesregierung am Mittwoch in Berlin eine vorübergehende Senkung der Umsatzsteuer. Ein Jahr lang soll der Steuersatz auf Speisen von 19 auf sieben Prozent gesenkt

werden. Bundestag und Bundesrat müssen noch zustimmen.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder entschieden zwar, die grundsätzlichen Kontaktbeschränkungen für den öffentlichen Raum bis zum 5. Juni zu verlängern. Aber Personen aus zwei Haushalten sollen sich uneingeschränkt treffen dürfen. In Kliniken, Pflege- und Behinderteneinrichtungen soll jedem Patienten oder Bewohner wiederkehrender Besuch durch eine definierte Person ermöglicht werden.

Für Treffen von Menschen aus unterschiedlichen Haushalten gilt weiterhin, dass sie einen Abstand von 1,50 Metern zueinander einhalten sollen. Die Regelung soll durch eine Maskenpflicht in bestimmten öffentlichen Bereichen ergänzt werden. Im Breiten- und Freizeitsport soll das Trainieren

unter freiem Himmel wieder erlaubt werden. Ab der zweiten Maihälfte soll im Fußball der Betrieb – mit sogenannten Geisterspielen – in der 1. und 2. Bundesliga fortgesetzt werden.

Ein weiteres Ergebnis der Verhandlungen vom Mittwoch ist, dass Entscheidungen über Maßnahmen gegen die Pandemie künftig wieder stärker auf lokaler oder regionaler Ebene getroffen werden sollen. Dabei müssen die Länder aber auch eventuell wieder nötige Verschärfungen verordnen. Sie sollen sicherstellen, dass in Landkreisen über kreisfreien Städten mit mehr als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen sofort wieder konsequente Beschränkungen umgesetzt werden. Wie diese neuen Auflagen konkret aussehen, bleibt dabei den Landesregierungen überlassen. (dpa/IW)

## NACHRICHTEN

### Israel beschießt Ziele im Gazastreifen

**Tel Aviv.** Ein israelischer Panzer hat nach Armeeangaben drei Stützpunkte der Hamas im nördlichen Gazastreifen angegriffen. Zuvor sei eine Rakete aus dem Küstengebiet nach Israel abgefeuert worden, teilte die Armee in der Nacht zu Mittwoch mit. Israel und die im Gazastreifen regierende Hamas verhandeln nach Medienberichten seit längerem intensiv über einen Gefangenen-austausch. Israel bemüht sich demnach unter anderem um die Freilassung von zwei israelischen Zivilisten. Die Hamas fordere im Gegenzug die Freilassung von mindestens Dutzenden palästinensischen Häftlingen. (dpa/IW)

### Russische Mediziner verlassen Italien

**Moskau.** Nach einem rund sechswöchigen Einsatz in Italien zieht das russische Verteidigungsministerium seine Helfer im Kampf gegen das Coronavirus aus dem Land wieder ab. An diesem Don-

nerstag beginne die Rückführung der Spezialisten, wie die Staatsagentur TASS am Mittwoch meldete. Russland hatte auf Bitten Italiens zwischen 22. und 25. März 15 Flugzeuge mit Personal und Ausrüstung in das Land geschickt. Präsident Wladimir Putin hatte angekündigt, die Erfahrungen der Experten nach ihrer Rückkehr zu nutzen. In Russland verschärft sich die Lage angesichts der Coronapandemie zusehends. (dpa/IW)

■ Siehe Seite 7

### Staatsvertrag für Abschiebungen geplant

**Wiesbaden.** Hessen will künftig bei Abschiebungen Verwaltungsbeamte einsetzen. Innenminister Peter Beuth (CDU) warb am Mittwoch im Landtag für einen dazu geplanten Staatsvertrag mit Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Künftig sollen speziell ausgebildete Vollzugsbedienstete für Abschiebungen über die jeweiligen Ländergrenzen hinaus einsetzbar sein.

Das ist bisher nicht geregelt. Ziel sei es, Polizisten nur noch dann einzusetzen, wenn das »aus Sicherheitsgründen« erforderlich sei, erklärte der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Hering am Mittwoch. (dpa/IW)

### EU prognostiziert Große Depression

**Brüssel.** Die Coronakrise stürzt die EU in die schwerste Rezession ihrer Geschichte, eine, »wie es sie seit der Großen Depression nicht mehr gegeben hat«, sagte Wirtschaftsminister Paolo Gentiloni am Mittwoch zur Frühjahrskonjunkturprognose. In der Euro-Zone könnte die Wirtschaftsleistung dieses Jahr um 7,7 Prozent schrumpfen, in der EU als Ganzes um 7,4 Prozent. Die BRD werde mit einem Minus von 6,5 Prozent etwas besser abschneiden und sich nach Einschätzung der Kommission mit 5,9 Prozent Wachstum 2021 schneller erholen als andere Staaten. Die offizielle Arbeitslosenrate in der Euro-Zone wird laut Prognose auf knapp zehn Prozent in diesem Jahr steigen. (dpa/IW)